

Pakistans Mekka-Pakt: Von der Souveränität zum Auftragnehmer Saudi-Arabiens

10. September 2026 | Junaid S. Ahmad

Es gab eine Zeit, in der Pakistan noch zwischen einem Bündnis und einem Arbeitsvertrag unterscheiden konnte. Im April 2015 wollte Saudi-Arabien pakistanische Flugzeuge, Kriegsschiffe und Truppen für seinen Krieg im Jemen. Pakistans Parlament tat etwas, das heute fast schon peinlich vernünftig erscheint: Es sagte Nein. Es hatte verstanden, dass der Krieg eines anderen Landes nicht automatisch zum eigenen wird, nur weil dessen Herrscher reicher, lautstärker und daran gewöhnt ist, dass seine Befehle befolgt werden.

Die Reaktion der Golfstaaten entblößte die sentimentale Sprache der Brüderlichkeit. Anwar Gargash, damals Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Emirate, warnte Pakistan, es könne für seine angeblich zweideutige Haltung einen „hohen Preis“ zahlen. Zweideutig? Das Parlament hatte einstimmig für Neutralität gestimmt. Im diplomatischen Vokabular der Ölmonarchien scheint „Zweideutigkeit“ nichts Geheimnisvolleres zu bedeuten als die Ablehnung einer Anweisung.

Pakistan blieb dennoch standhaft. Es würde saudisches Territorium gegen direkte Angriffe verteidigen, sich jedoch nicht zu einem Einsatzarm der saudischen Außenpolitik machen lassen. Diese Unterscheidung war strategisch unverzichtbar: Die Grenzen eines Verbündeten verteidigen, ja; ein anderes Land bombardieren, weil Riad darum bittet, nein. Im Jahr 2015 weigerte sich Pakistan, saudisches Geld für pakistanisches Blut zuzulassen.

Elf Jahre später droht diese Zurückhaltung vertraglich ausgehebelt zu werden. Das zentrale Problem des gemeinsamen Verteidigungsabkommens von Mekka besteht nicht nur darin, dass es Pakistan enger an Saudi-Arabien bindet. Es besteht vielmehr darin, dass es die Gefahr birgt, den saudischen Einfluss auf die pakistanische Militärmacht zu institutionalisieren und Islamabad zu einem Subunternehmer für Kriege zu machen, die Riad initiiert, eskaliert oder für notwendig erachtet.

Dieser Vorwurf sollte nicht durch diplomatische Euphemismen abgeschwächt werden. Wenn Saudi-Arabien nach einem Angriff der Houthis die kollektive Verteidigung geltend machen und dann die Beteiligung Pakistans an Vergeltungsschlägen im Jemen erwarten kann, verteidigt Pakistan nicht mehr nur saudisches Territorium. Es erlaubt Riad, Pakistans Feinde, Pakistans Schlachtfeld und möglicherweise auch Pakistans Krieg zu definieren.

Genau das ist die Gefahr, vor der Kritiker seit Jahren gewarnt haben: Ein Verteidigungspakt, der als gegenseitiger Schutz verkauft wird, kann zu einem Mechanismus werden, durch den ein wohlhabender Geldgeber die militärischen Kosten seiner regionalen Ambitionen externalisiert. Saudi-Arabien stellt die Anfrage; Pakistan liefert die

Flugzeuge, die Soldaten und das strategische Risiko. „Brüderlichkeit“ gleicht in einer solchen Vereinbarung zunehmend einem Outsourcing mit feierlichem Vokabular.

Die Gefahr ist bereits absehbar. Angriffe der Houthis haben erneut saudisches Territorium und die Energieinfrastruktur getroffen, Riad hat im Jemen Vergeltungsmaßnahmen ergriffen, und Pakistan hat sich dem diplomatischen Druck auf Teheran angeschlossen, Ansar Allah in Schach zu halten. Islamabad betont, dass seine Maßnahmen rein defensiver Natur seien. Doch Kriege haben die Angewohnheit, solche Zusicherungen zunichte zu machen.

Zuerst kommt die Luftabwehr. Dann der Nachrichtendienst. Dann die Überwachung. Dann die Zielerfassung. Dann die „begrenzte“ operative Beteiligung. Dann folgt die Vergeltung, die Opferzahlen steigen, die Ehre wird beschworen, und der begrenzte Einsatz entwickelt den gleichen Appetit wie jeder andere Krieg: mehr.

Die strategische Absurdität ist eklatant, denn Saudi-Arabien ist kaum ein hilfloser Staat, der auf die Rettung durch die pakistanische Luftwaffe wartet. Es verfügt über eine der am besten ausgerüsteten Luftstreitkräfte der Welt, moderne amerikanische Flugzeuge, hochentwickelte Luftabwehrsysteme und enorme finanzielle Ressourcen.

Wenn es der Militärmacht Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate über Jahre hinweg nicht gelungen ist, dem Jemen die von Riad gewünschte Ordnung aufzuzwingen, wird auch die Beteiligung Pakistans keine strategische Wende herbeiführen. Sie wird lediglich dazu führen, dass dieses Scheitern auf internationaler Ebene bekannt wird.

Und es wird Pakistan Feinde schaffen. In dem Moment, in dem pakistanische Flugzeuge Ansar Allah direkt angreifen, ist Pakistan keine betroffene dritte Partei mehr, sondern wird selbst zum Kriegführenden. Die Handelsschifffahrt, Marineeinheiten, Energieversorgungswege und pakistanische Interessen im Arabischen Meer und im Roten Meer würden alle ein anderes Risikoprofil erhalten. Ein Land, das bereits im eigenen Land gegen den Extremismus kämpft, würde sich ein weiteres Sicherheitsproblem aufbürden – und das im Auftrag einer Monarchie, die über weitaus größere Ressourcen verfügt, um die Folgen abzufedern.

Schlimmer noch: Der Jemen könnte zur Falltür werden, durch die Pakistan in eine größere Konfrontation mit dem Iran gerät. Der Iran ist Pakistans Nachbar; Saudi-Arabien ist ein wichtiger wirtschaftlicher und strategischer Partner; Millionen Pakistaner leben am Golf; und Chinas Interessen verlaufen durch pakistanisches Territorium bis zum Arabischen Meer. Für Islamabad ist das Gleichgewicht keine diplomatische Poesie. Es ist eine Frage des nationalen Überlebens.

Deshalb ist das Abkommen so gefährlich. Der Iran muss Pakistan nicht direkt angreifen. Er muss lediglich seine Unterstützung für Ansar Allah verstärken, während Riad sich auf die kollektive Verteidigung beruft und Islamabad sich Schritt für Schritt von der Unterstützung hin zur Vergeltung bewegt.

Pakistan könnte sich dann in einem Stellvertreterkrieg mit seinem eigenen Nachbarn wiederfinden, weil es Saudi-Arabien gelungen ist, seine Sicherheitsdoktrin zu einer militärischen Verpflichtung Pakistans zu machen.

So wird Souveränität in vorzeigbarer Verkleidung aufgegeben. Nicht durch Besatzung, sondern durch Unterschriften; nicht durch fremde Flaggen über Ministerien, sondern durch Kommuniqués über „Brüderlichkeit“, „kollektive Sicherheit“ und „gemeinsame strategische Interessen“. Letztendlich entscheidet eine andere Hauptstadt, was als Aggression gilt, und Ihre Streitkräfte stellen die Durchsetzungskraft dafür bereit.

Pakistan erkannte die Gefahr bereits 2015. Als es sich weigerte, sich am Krieg im Jemen zu beteiligen, wurde es vor einem „hohen Preis“ gewarnt. Diese Reaktion entlarvte das Geschäft, das hinter der Bruderschaft stand: Riad und Abu Dhabi nahmen Pakistan die Feindseligkeit nicht übel. Sie nahmen Pakistan die Unabhängigkeit übel.

Nun läuft Islamabad Gefahr, genau jenen Gehorsam zu institutionalisieren, den es einst abgelehnt hatte.

Das pakistanische Establishment mag es genießen, als atomar bewaffneter Hüter einer neuen muslimischen Sicherheitsarchitektur umworben zu werden. Doch es hat nichts mit Souveränität zu tun, wertvoll zu sein, weil jemand anderes erwartet, die eigene Macht für seine eigenen Zwecke einsetzen zu können.

Im Jahr 2015 wurde Pakistan gewarnt, dass ein „Nein“ einen hohen Preis nach sich ziehen würde.

Es sollte sich nun die Frage stellen, der sich seine Machthaber am wenigsten stellen wollen: Hat Pakistan ein Bündnis geschlossen – oder hat Saudi-Arabien endlich einen Mechanismus geschaffen, um Pakistan dazu zu bringen, seine Kriege zu führen?